

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, 9. Mai 1892.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greif-
wald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg
Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens.
Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 9. Mai. Am Sonnabend Abend wohnte der Kaiser mit den Herren seiner Begleitung der Vorstellung im Berliner Theater bei und lehrte nach Schluß derselben mittelst Sonderzuges nach Potsdam zurück. — Gestern früh arbeitete Se. Majestät einige Zeit allein. Gegen 10 Uhr begaben sich der Kaiser und die Kaiserin vom Neuen Palais aus zu Fuß durch den Park von Sanssouci nach Potsdam, woselbst Ihre Majestäten dem Gottesdienste in der Friedenskirche beizuhören. Nach beendeter Gottesdienstfeier kehrte das Kaiserpaar nach dem Neuen Palais zurück. Der Kaiser hatte alsdann am Mittag um 12 Uhr eine Konferenz mit dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretär des Innern Dr. v. Bötticher. Zur Mittagstafel um 1½ Uhr hatten die kaiserlichen Majestäten den Prinzen und die Fürstin Plö, sowie den Prinzen und die Prinzessin Plö und den Grafen Finkenstein-Maditz z. mit Einladungen nach dem Neuen Palais beehrt. — Der Kaiser geniesst heute früh vom Neuen Palais bei Potsdam wieder nach Berlin zu kommen, um auf dem Tempelhofer Felde Truppenbesichtigungen abzuhalten.

— Der Kaiser hat für die Zeitschrift, welche die Gesellschaft für Erdkunde zur 400jährigen Feier der Entdeckung von Amerika herausgegeben wird, einen Beitrag von 15,000 Mark aus seinem Dispositionsfonds bewilligt. Die Zeitschrift wird von Dr. Konrad Kretschmer bearbeitet. Dieser war im Vorjahre von der Gesellschaft unter finanzieller Beihilfe des Kultusministers nach Italien gereist, um in den dortigen Bibliotheken Studien über die Vorgeschichte der Entdeckung von Amerika zu machen. Seine Arbeiten sind von großem Erfolg gekrönt. Die Zeitschrift wird aus einem Band Text und einem Band „Atlas“ von 35 Blättern (darunter 31 völlig neue Karten) bestehen; sie ist bereits im Druck (in der Reichsdruckerei) und wird zum August fertig sein.

— Graf Herbert Bismarck, der sich noch bei den Eltern seiner Braut in Hume aufhält, erhielt, wie wir erfahren, gestern seitens Kaiser Wilhelms nachstehendes Glückwunsch-Telegramm: „Besten Dank für freundliche Anzeige zur Verlobung senet Wilhelm Imperator Rex.“ — Die von dem Bräutigam versandene Verlobungsanzeige hatte folgenden Wortlaut: „Hume, 4. Mai 1892. Graf Herbert von Bismarck-Schönhausen beehrt sich seine Verlobung mit Gräfin Marguerite Dohos, zweiten Tochter des Grafen Georg Dohos, anzukündigen.“

— Ein Gerücht besagt, daß der Minister des königlichen Hauses, Herr von Wedell-Bismarck, aus Anlaß der künftigen Veröffentlichungen über den angeblichen Auftrag des Kaisers an Herrn Kunze seine Entlassung eingereicht habe. Das Gerücht ist völlig unbegründet.

— Nach Mitteilung, die uns zugegangen sind, sollen angeblich Pläne, die von einer süddeutschen Regierung ausgegangen sind und sich auf die Braunkohleindustrie beziehen, den Gegenstand einer Erwägung bilden. Der „Frei. Ztg.“ zufolge hat die württembergische Regierung angeregt, das 40 Millionen gekaufte der Braunkohleindustrie zum Westen der Reichsfläche zu befehlen.

— Die „Konf. Korresp.“ erhält folgende Zuschrift zur Veröffentlichung:

Der von der „Kreuzzeitung“ angelegene Bericht der „Pommerschen Reichspost“ giebt auch insofern keine Aufklärung, als die von ca. vier Wochen gekaufte Rede nicht bis ins einzelne genau wieder, als der Sinn meiner damals gesprochenen Worte — korrekt sich anschließend an die von Herrn von Hellborn (in Gegenwart des Reichstags) von Hammerstein-Vorlesern gemachten Mitteilungen — jedenfalls nur dahin ging, daß Herr von Hellborn aus sachlichen Gründen davon durchdrungen gewesen sei, wie das Volksgesetz in der Gestalt des Entwurfs nicht zur Verabschiedung gelangen dürfte.

Herr von Hellborn hat also mir gegenüber sich weder damals noch zu irgend einer anderen Zeit dahin geäußert, daß er — wie es in der „Kreuzzeitung“ beziehungsweise in der „Pommerschen Reichspost“ heißt — die Notwendigkeit der Zurückziehung des Gesetzes ausbrücklich betont habe.

Die Nichtaufstellung des bezüglichen Berichtes der „Pommerschen Reichspost“ war mir bislang leider nicht möglich. Unmittelbar nach dem Parteitag reiste ich in Familienangelegenheiten nach Cannes, erkrankte auf der Reise dahin ernstlich und bin nach erfolgter Genesung sofort wieder abgereist, um hier erst wieder ganz kräftig einzutreten. Aus diesem Grunde — das möchte ich bei dieser Gelegenheit hervorheben nicht verabsäumen — ist mir die bez. Berichtigung des Freiherrn von Manteuffel auch erst hier zu Gesicht gekommen. Mein Irrtum, seine Person betreffend, ist bedauerlicher Weise durch eine mir gemachte Äußerung eines außerordentlichen des Parlamentes stehenden Herrn entstanden, an dessen guter Informierung ich damals zu zweifeln keinen Anlaß hatte.

Saleste, den 5. Mai 1892.

von Velow-Saleste.
— Im Zusammenhang mit den jüngsten den Abgeordneten von Hellborn-Bebra betreffenden Angelegenheiten ist wiederholt die Parteilosigkeit der Deutschkonfessionellen genannt worden, ohne daß weitere Kreise über die Organisation dieser Parteilosigkeit unterrichtet sind. Diefelbe stammt, wie die „Schlesische Zeitung“ mitteilt, in ihrer gegenwärtigen Gestalt aus dem Jahre 1889. Damals wurde die Erledigung der politischen Aufgaben des Wahlvereins der deutschkonfessionellen Partei u. i. w. einem aus 11 Mitgliedern bestehenden Ausschusse übertragen. In demselben entfiel die konfessionelle Fraktion des Reichstages vier, die des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses je drei Mitglieder und der konfessionelle Landesverein im Königreich Sachsen einen Vertreter. Aus seiner Mitte erwählte der Ausschuss drei geschäftsführende Mitglieder. Der Vorsitzende dieses Ausschusses, sowie des geschäftsführenden Ausschusses ist der Abg. von Hellborn, welcher dem Ausschusse als Mitglied der deutschkonfessionellen Fraktion des Reichstages angehört, so daß seine Zugehörigkeit zum Ausschusse durch seine Mitgliedschaft aus der konfessionellen Partei des Herrenhauses in keiner Weise berührt wird. Auch der dem Abg. von Hellborn übertragene Vorsitz kann ihm nicht entzogen werden. Eine Aenderung in diesen Verhältnissen würde beim regelmäßigen Verlauf der

Dinge erst eintreten, wenn der Abg. von Hellborn aufhöre, Mitglied der konfessionellen Partei des Reichstages zu sein. Das Herrn von Hellborn erteilte Mandat dauert bis zu den nächsten Neuwahlen des Reichstages. Nur auf diese leitende Stellung kann sich der Beschluß der konfessionellen Partei des Abgeordnetenhauses beziehen, welcher darin gipfelt, daß die bestimmt bezeichnete Tätigkeit des Abg. von Hellborn mit dieser leitenden Stellung nicht für vereinbar erachtet wird.

— Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt an hervorragender Stelle eine Anklage, welche sich mit Abwardt, seiner jüngsten Broschüre und seinen Nachretern beschäftigt. Die Anklage lautet:

„Mit jedem Tage werden die Stimmen dringender, welche gegenüber der nachstehenden Anklage über die bereits erwähnte Abwardtsche Broschüre, „Judenfinstern“ und die an dieselbe anknüpfenden Vorgänge eine Klarstellung von Seite der amtlich hierzu berufenen Autoritäten verlangen. Es ist in der That eine Erscheinung, welche zu den bedenklichsten Konsequenzen führen kann, wenn in einer öffentlichen Versammlung, wie es zu Berlin am Donnerstag geschehen ist, unter stürmischen Beifall der Zuhörer von einem Redner, der als Referent-Offizier dem Heere angehört (der Antikritik Dr. Förster ist gemeint), die Erklärung abgegeben wird, es sei eine Unmöglichkeit, dem gemeinen Soldaten oder Offizier zuzumuten, daß er mit einer solchen Waffe ins Feuer ziehe. Deshalb habe er seinem Bezirkskommando geschrieben, daß er mit Bezug auf die Abwardtschen Enthüllungen seine Zusage als Referent-Offizier zurücknehme, weil er es nicht verantworten könne, seine Soldaten mit solchen Gewehren ins Feuer zu führen.“

Solche Kundgebungen lassen eine prompte und erschöpfende Aufklärung des Sachverhalts als zwingendes Gebot erscheinen, und wir zweifeln auch nicht, daß dem allgemeinen Wunsch ebenschnell Rechnung getragen werden wird.

Angesichts der Unterstellungen, welche von den Behörden in der Sache eingeleitet sind, müssen die Erklärungen, welche die angegriffene Firma Köwe u. Co. zur Sache abzugeben vermag, sich notwendigerweise auf die Abwehr beschränken, und es ist wohl im Hinblick hierauf gesehen, wenn wir von der genannten Firma ersucht werden, das nachstehende, uns im Original vorliegende Zeugnis zu veröffentlichen:

„Martinsfelde, 24. 12. 91.

Berlin.

3. Nr. 1221 91.

An
die Kommandit-Gesellschaft auf Aktien,
Rubin. Köwe u. Co.

In Erwiderung des gefälligen Schreibens vom 16. 11. 91. theilt das Kommando Köwe-Berlin mit, daß die von der Firma gelieferten 425,000 Gewehre 88 in jeder Beziehung den an sie gestellten Anforderungen entsprechen haben.

Wir wollen hinzufügen, daß der unterzeichnete Herr Hauptmann Köpff Präses der derzeitigen Abnahme-Kommission gewesen und Subdirektor der königlichen Gewehrfabrik zu Danzig ist.

Mit Wiedergabe der in anderen Blättern den Behauptungen der Abwardtschen Broschüre und den aus denselben in antijüdischen Journalen gezogenen Folgerungen entgegengesetzten Angaben glauben wir den offiziellen Kundgebungen nicht vorgreifen zu sollen; die gesamte Presseberichterstattung in unserem öffentlichen Leben bereits so vergiftet gewirkt und für unsere Industrie, die gerade in der Zeit der Kriegsmaterial mit Fleiß und Mühe den ersten Platz in der Welt erreicht hat, so unübersehbare Schäden angerichtet, daß schon die Rücksicht auf die in ihrer Zukunft so schwer bedrohte Arbeiterschaft auf diesem Produktionsgebiete die äußerste Zurückhaltung zur patriotischen Pflicht macht.

Aus den Konsequenzen dieses Zwischenfalls wird man aber am empfindlichsten gewahr werden, daß es eine sehr bedenkliche Lücke in unserem gesamten Rechtsleben verrät, wenn einseitige Behauptungen wochenlang ungeprüft in weitestem Umfang verbreitet werden können, während die Verichtigung und Widerlegung solcher Behauptungen nach einem unständlichen und schwierigen Beweisverfahren erst so viel später nachzuholen vermögen. Enorme Schädigungen an öffentlichem und an privatem Interesse sind dann überhaupt nicht mehr zu machen.

Auch die „Konfessionelle Korrespondenz“ äußert sich jetzt dahin, daß man im Interesse der Vaterlandsliebe die Behauptung der Abwardtschen Broschüre, ein großer Teil der neuen Gewehre sei untauglich, nicht unwidersprochen lassen dürfe.

— Zwei neue Gesetzesentwürfe sind dem Abgeordnetenhause zugegangen. Der erste regelt die Geheimhaltung der Ergebnisse der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer; er trifft folgende Bestimmungen:

§ 1. Wo die Steuerlisten (Heberollen) über die ganz oder zum Teil nach dem Maßstabe der Staatseinkommensteuer verteilten Steuern der kommunalen und sonstigen öffentlichen Verbände öffentlich ausgelegt werden, ist das Recht der Einsichtnahme für jeden Beteiligten auf die Befugnis beschränkt, von der eigenen Veranlagung Kenntnis zu nehmen.

§ 2. In Wahlkreisen der kommunalen und sonstigen öffentlichen Verbände, welche unter anderem nach Maßgabe der von den Wählern zu entrichtenden Einkommensteuer aufgestellt und öffentlich ausgelegt werden, darf, was die Angabe der steuerlichen Verhältnisse betrifft, nur der für die betreffende Wahl maßgebende Gesamtbetrag der von jedem Wähler zu entrichtenden Steuern eingetragen werden.

§ 3. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

In der dem Entwurfe beigegebenen Begründung ist im Wesentlichen folgendes ausgeführt: Die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen, welche für die namentlich bei der Aufstellung der Urwählerlisten in Betracht kommende Offenlegung der Steuerlisten getroffen sind, bieten nicht die nötige Sicherheit dagegen, daß die in den Deklarationen enthaltenen Einzelangaben unehrlichen Personen zur Kenntnis gelangen. Diesem Mangel hilft der vorstehende Entwurf ab. Insbesondere verbietet § 1, daß eine Drucklegung und öffentliche Verbreitung der Steuerlisten, wie

sie an einigen Orten bereits erfolgt ist, sich noch einmal wiederholen kann. Sodann hebt § 2 die schon in der Landgemeinde-Ordnung für die bei der Aufstellung der Wählerlisten zur Gemeindewahl getroffene Bestimmung, die Steuerbeträge jedes Wählers nicht im Einzelnen, sondern im Ganzen anzugeben, auf die Wahllisten aller öffentlichen Verbände aus. Um die strenge Durchführung des neuen Gesetzes zu sichern, sollen Offenlegung der Steuerlisten und Einsichtnahme nur unter Kontrolle eines Beamten des betreffenden kommunalen Verbandes und unter Feststellung der Identität des Einsicht Negebenden erfolgen.

Der zweite Entwurf betrifft, analog der Vorlage für die älteren Provinzen, die Gewährung einer Staatsrente für Stolzgebührentätigkeiten in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover und hat folgenden Wortlaut:

„Dem nach dem § 9 des Kirchengesetzes für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Hannover, betreffend die Aufhebung der Taufgebühren, vom 1. Oktober 1892 ab eine dauernde vierteljährliche im Voraus zahlbare Rente im Betrage von jährlich 140,000 Mark überwiesen. Diese Staatsrente ist ausschließlich dazu bestimmt, solche Kirchengemeinden, welche die für aufgeborene Stolzgebühren zu gewährenden Entschädigungsrenten durch Umlage aufbringen müssen, nach Maßgabe der §§ 9 und 12 des Kirchengesetzes vom 1. Oktober 1892 zu unterstützen.“

Dieser Artikel tritt in Kraft, sobald das darin genannte neue Kirchengesetz für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Hannover durch königliche Verordnung rechtskräftig wird. Dieses dem Entwurfe beigegebene Kirchengesetz beschränkt sich lediglich auf Befestigung der Taufgebühren, weil mit dem Kirchengesetz vom 16. Juni 1875 für kirchliche Aufgebote und Trauungen die Gebühren für diesen Bereich bereits aufgehoben sind. Nur für diejenigen Trauen, die eine besondere, nicht zum Wesen der Handlung gehörende Amtstätigkeit erfordern, soll eine besondere Vergütung bestehen bleiben.

Kassel, 6. Mai. Die nationalliberale Partei beging gestern Abend die Feier des 25jährigen Bestehens der nationalliberalen Partei durch einen Festkommers, der überaus glänzend verlief. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Reichsanwalt Dr. Parner, und des Reichstagsabgeordneten Dr. Endemann ergriff der Reichstagsabgeordnete für Waldeck Dr. Böttcher das Wort zu der eigentlichen Festrede. Derselbe führte zunächst aus, daß kaum ein anderes Land so sehr am eignen Leibe das ganze Elend Deutschlands unter dem, Gott sei Dank, begraben deutschen Bunde erfahren habe, wie das alte Kurfürstenthum Hessen. Es sei in erster Linie das Verdienst der nationalliberalen Partei gewesen, daß sie nach siegreichem Kampfe auf den böhmischen Feldern darnach strebe, einen gesunden Rechtszustand zu erlangen. Die Gründung der Partei erfolgte am 28. Februar 1867 und sie setzte sich aus benutzenden Mitgliedern der Fortschrittspartei zusammen, welche die Unmündigkeit billigten, denen sich dann als neues Element Gleichgesinnte aus den anderen Staaten hinzugesellten. Als leuchtende Namen seien da hervorgetreten: Bennigsen, Miquel und aus Hessen Friedrich Detler und Parner. Dieses neue Element habe befähigt und versöhnt und gewirkt innerhalb der nationalliberalen Partei und die Kompromisse zu Stande gebracht, die zwar von den Gegnern so viel geschmäht worden, die aber die Grundlage der fernern Entwicklung boten. Freilich nehme heute die nationalliberale Partei im Reichstage verhältnismäßig eine bescheidene Stellung ein. Den Ausschlag gebe das Zentrum, das auch die Führung beanspruche. Man habe es verstanden wollen, wie dies die Geschichte des Schulgesetzes beweise. Eine solche Partei sei aber zur Führung ungeeignet, weil sie ihre kirchlichen Interessen den allgemeinen deutschen Interessen voranstelle. Die Unmöglichkeit, auf diesem Wege fortzugehen, sei es auch gewesen, die untern abwärtsführenden Führer u. Benutzenden veranlaßt habe, alle Rücksicht auf seine Stellung bei Seite zu lassen und seinen bekannten „Werkzeug“ in das preussische und deutsche Reich zu werfen. Zum Schluß wendete sich Redner an den Nationalliberalismus in Hessen, von dem er hofft, daß er immer fruchtbarer Wurzel schlagen möge. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die nationalliberale Partei schloß der Redner seinen begeisterten aufgenommenen Vortrag. Oberlehrer Dr. Ulrich feierte Herrn v. Bennigsen, als einen der Geistes der deutschen Nation, den wackern Mitarbeiter des Altreichstags und Führer der nationalliberalen Partei. Das Hoch auf Bennigsen wie das auf den Fürsten Bismarck, den Mitbegründer unserer nationalen Einheit, fand eine begeisterte Aufnahme. Professor Dr. Zupfalsch trat auf die schöne heilige Heimath. Den Schluß des Kommerces bildeten Gesang- und Instrumentalvorträge.

Hamburg, 8. Mai. Die Feier zur Erinnerung an den großen Hamburger Brand vor 50 Jahren fand heute auf dem Hopfenmarkt statt und nahm einen würdigen Verlauf; amwiegend waren der Senat und die Bürgererschaft Hamburgs, die Bürgermeister von Altona, Wandsbeck und Harburg, sowie 10,000 Festteilnehmer. Die Festrede hielt Architekt Appel, den musikalischen Teil des Festprogramms dirigirte Professor Krug.

Stuttgart, 8. Mai. (W. T. Z.) Die deutsche Partei Württembergs feierte heute unter Beteiligung zahlreicher Delegirten aus allen Landestheilen sowie der Reichstagsabgeordneten Böttcher, Jann und Siegle das Fest ihres fünfzigjährigen Bestehens. Der Redakteur Lang vom „Schwäbischen Merkur“ gab in der Festrede einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Partei. An Se. Majestät den Kaiser und den König Wilhelm von Württemberg wurden Jubelungs-Telegramme abgesandt. Ebenso richtete die Versammlung an den Fürsten Bismarck ein Begrüßungs-Telegramm. Um 3 Uhr Nachmittags fand in der Liederhalle ein Festessen statt.

Wien, 7. Mai. (W. T. Z.) Der Kaiser beehrte heute auf seinem Rundgange durch die Musik- und Theaterausstellung eingehend das Weimarer Zimmer der deutschen dramatischen Abtheilung, wo derselbe von dem deutschen Botschafter Prinz Reuß und Gemahlin empfangen wurde. Prinz Reuß stellte den Hofrath Gölle-

Weimar vor. Der Kaiser verweilte auch längere Zeit in der deutschen Abtheilung für Militärmusik-Instrumente.

Wien, 8. Mai. Dem Redakteur der „Neuen freien Presse“ wurde heute die Anklageschrift, lautend auf Religionsförderung, begangen durch die Veröffentlichung des Wiltbrautischen Romans „Hermann Finger“, zugestellt. Die Vertheidigung übernimmt der bedeutendste Advokat Wiens, Josef Ropp.

Wien, 8. Mai. (W. T. Z.) Nach einer Meldung der Blätter explodirte in Vercy im Nagh-Banjar Komitate vor dem Hause des Bergwerksbeamten Fabian eine Dynamitpatrone, ohne Schaden anzurichten; der Urheber der Explosion ist unbekannt. Kurz darauf flog das Haus des Kreisnotars Bapp in Folge einer Dynamitexplosion zur Hälfte in die Luft. Im ganzen Dite wurden dabei die Fensterheben zertrümmert, verletzt wurde Niemand. Als Anstifter des Attentats wurde der Rumäne Habits verhaftet, der die That aus Rache begangen hat.

Italien.

Rom, 8. Mai. (W. T. Z.) Die „Agenzia Stefani“ erfährt, daß am 7. v. M. zum Votschafter in Berlin ernannte Senator Graf Taverna hätte in Folge der eingetretenen Ministerkrise um Wiedererhebung von dem ihm übertragenen Posten gebeten. Der König habe dieses Gesuch genehmigt.

Rom, 8. Mai. (W. T. Z.) Der König empfängt heute Mittag Crispi, morgen Vormittag Zanarbelli; die Entscheidung über die Kabinetsbildung wird morgen erwartet.

Spanien und Portugal.

Lissabon, 8. Mai. (W. T. Z.) Der von den Angestellten der hiesigen Pferdebahn angekündigte Streik ist heute eingetreten.

Großbritannien und Irland.

London, 8. Mai. (W. T. Z.) In dem Kohlenbergwerk von Castle Eden (Grafschaft Durham) griffen gestern Abend ausländische Arbeiter die Bergwerksbeamten, welche in einem Konflikt mit Arbeiten zur Verhinderung der Ueberführung des Bergwerks beschäftigt waren, in den Augenblicke an, als die Letzteren den Schacht verließen. Die Angegriffenen mußten in das Maschinenhaus flüchten. Die Polizei schritt ein, wurde jedoch von der Menge thätlich angegriffen. Der Polizeichef wurde schwer verletzt, das Maschinenhaus wurde zerstört. Die Ausschreitungen dauerten mehrere Stunden an, bis es den herbeigeeilten Verhaftungen der Polizeimannschaften gegen Mitternacht gelang, die Menge zu zerstreuen.

London, 8. Mai. (W. T. Z.) Wie das „Reuter'sche Bureau“ vernimmt, hätte die englische Regierung die Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien in Folge maßloser Forderungen der spanischen Regierung abgebrochen.

London, 8. Mai. (W. T. Z.) Wie der „Observer“ erfährt, ist das Gerücht von der Verlobung der Prinzessin Marie von Odenburg mit dem Großherzog von Hessen unbegründet.

Griechenland.

Athen, 7. Mai. (W. T. Z.) Der „Palingenia“ zufolge ist die zwischen Griechenland und der Türkei schwebende Differenz wegen einer zu Griechenland gehörigen und von türkischen Truppen besetzten Grenzstation bei Tyrnawos in freundschaftlicher Weise zu Gunsten Griechenlands beigelegt worden.

Türkei.

Konstantinopel, 8. Mai. (W. T. Z.) Der „Agence de Constantinople“ zufolge wird die Meldung französischer Blätter, daß unter den Stämmen am linken Ufer des Tigris ein Aufstand ausgebrochen sei, wobei viele Eingeborene verwundet und die Telegraphenleitungen in die Hände der Aufständischen gefallen seien, von maßgebender Seite für vollständig erfunden erklärt. Unter den erwähnten Stämmen herrsche vollkommene Ruhe.

Afrika.

Das „B. T.“ berichtet: Ueber die Vorbereitungen zur neuen Wissmann'schen Expedition wird von unserem Korrespondenten in Kairo unter dem 30. April Folgendes geschrieben:

„Durch Herrn v. Wissmann, bezw. seinen Vertreter, Herrn de la Freniere, sind in Suex 20 Subanen für die Wissmann'sche Expedition, die von Ghinbe den Zambesi hinaufgehen wird, auf dem deutschen Postdampfer „Bundesrath“ eingeschifft worden. Weitere 50 Subanen werden für Wissmann in Aden an Bord kommen. Wissmann selbst beabsichtigt über ist bereits jetzt nach Majowah gegangen, um daselbst Subanen anzuwerben und sie durch Dhaus auf den Dampfer nach Aden zu schmuggeln. Aus Egypten wollen die Länder keine Subanen, Fellachen u. i. w. mehr herauslassen. In Port Said und Suex hat die ägyptische Regierung überall am Hafen Polizeiwachen stationirt, die sehr streng aufpassen, daß keine Subanen, Schwarzen oder Fellachen sich auf Boote, Dhaus u. i. w. begeben, die nicht dahin gehören. Die Subanen, die in Suex verladen wurden, sind einzeln des Nachts auf Leichter geschifft worden, wo sie sich Tags über vor den Augen der patrolirenden Polizei verborgen, bis zur Ankunft des Dampfers der sie nach Afrika bringt. So schwierig ist jetzt die Anwerbung von Truppen für Deutschafrika seit der Nierermelung der Zelewischen Subanen durch die Wabebes, daß die Hälfte der in Kairo oder Umgegend erworbenen Leute auf dem Wege nach Suex immer wieder verschwindet. Man muß daher zu geheimen Mitteln, Bestechungen u. i. w. greifen, um nur das Material zu Subanen für unsere Kolonie zusammenzubringen. So telegraphirte z. B. Herr v. Perant, Bezirkshauptmann von Bagamoyo, an den Kapitän des Dampfers „Bundesrath“ aus Majowah, daß er in Aden mehrere Hundert Subanen an Bord bringen werde; Herr v. Perant ist mit geheimem Auftrage von Dar-es-Salaam abgereist, scheinbar um nach Bombay zu reisen. Alle Welt glaubte ihn in Bombay; er hatte sich aber von Aden aus mit einem Dolmetscher nach Majowah begeben, wo er im Geheimen mehrere hundert Subanen erworben, die er von Majowah aus nach Aden hinüberschmuggelt, um sie in Aden an Bord des „Bundesrath“ nach Afrika zu verschiffen.“

Mit derselben Post, welche uns die vor-

stehenden Mittheilungen unseres Kairoer Korrespondenten brachte, ist uns auch aus Aden, 24. April, ein Brief unseres mittlerweile in Sanibar eingetroffenen ostafrikanischen Spezialberichterstatters, des Herrn Eugen Wolf zugegangen, dem wir noch folgende Einzelheiten entnehmen:

Der Dampfer „Bundesrath“ nimmt in Aden an Bord: circa 75 Subanen, Somali und Abessinier für Major v. Wissmann, für den in Suex bereits einige 20 Subanen an Bord kamen; ferner 170 Subanen und Abessinier für die kaiserliche Schutztruppe, ein Zug von Herrn v. Perant. Außerdem nimmt der „Bundesrath“ noch abessinische Mantie re und Pferde an Bord, sowie abessinische Gazellen, Dunde, Affen, Papageien und sonstige Vögel. Hierzu kommen noch etwa 45 Weiber und Kinder von Soloban. Sämtliche Kabinenplätze und die Plätze der 2. Klasse sind beiegelegt, ebenso die 3. Klasse, das Vorderdeck sowohl als auch das Hinterdeck ist mit Truppen und deren Familien gefüllt. Der Dampfer hatte bereits von Neapel aus volle Ladung, und was er in Aden noch an Ladung aufzufüllen kann, nimmt er noch mit, so daß diesmal kein Plätzchen an Bord des Postdampfers mehr frei bleibt. Für die Wissmann'sche Expedition kommen ferner in Aden an Bord Wiram Efendi, ein ägyptischer Offizier, früher Polizeihauptmann in der Wissmann'schen Schutztruppe, ein sehr brauchbarer Mann, der beiegeleitet die Expedition des Majors v. Wissmann nach dem Nyassa-See; der Führer der Unteroffizier Eben, früher in der Schutztruppe, der bereits mehrere Expeditionen ins Innere mitgemacht hat; auch Kapitän Prager, der langjährige Führer des Dampfers „München“, geht wieder mit. Wie man hieraus ersieht, sucht sich Wissmann die vorzüglichsten Leute aus.

Sanibar, 8. Mai. Die deutsch-afrikanische Gesellschaft wird in Kossi Bô auf Madagaskar eine Station gründen. — Dr. Peters macht zur Stärkung seiner angegriffenen Gesundheit einen Ausflug nach Natal.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 9. Mai. Seit einigen Wochen haben die Volks- und Jugendspiele auf dem Turnplatz in der Deutschen Straße unter Führung des Stettiner Turnvereins, Sonntags Morgens von 7-9 Uhr, wieder begonnen. Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam und fordern besonders die Eltern und Lehrer hermit auf, die ihrer Pflicht anvertraute Jugend zur Teilnahme anzuregen. Die Mehrzahl der jungen Leute in unserer Stadt sucht ihre Erholung nach des Tages Last und Hitze in geschlossenen, von Tabaksqualm und Bierdunst gefüllten Räumen. Und wenn wir auch nicht in puritanischem Uebermaße die Anregung des geselligen Verkehrs auf das Gemüth verkommen und berathen wollen, so betarf doch auch die in Komtoir und Schreibstube gekannte Jugend der Erholung in freier, reiner Luft. Wo aber könnte diese wirksamere gefunden werden, als bei der lebhaftesten Bewegung auf dem Turn- und Spielplatz, wo die Lungen geübt, das Blut in lebhaftere Wallung versetzt und das Herz fröhlich und gesund wird. Möchten recht viele junge Leute die Segnungen dieser Einrichtung an sich selbst erleben!

* Gestern Vormittag fand in der St. Johannisstraße hieselbst die Einführung des Militär-Deputations-Kraam aus Wiesbaden durch Herrn Konsistorial-Rath Brandt unter Aufsicht der Herren P. Thim und Divisionspfarrer Klessen statt, bei welcher Feier letzterer die Begrüßung abgab. Herr Konsistorial-Rath Brandt richtete sodann antwortend an die Stelle 2. Tim. 1, 7 an die Militärgemeinde eine Ansprache, in welcher er jene hat, ihren neuen Pfarrer mit warmem Herzen und freundlich zu empfangen, und verpflichtete darnach im Namen Gottes Herrn Kraam für sein neues Amt, ihm darauf die Befallungsurkunde überreichend. Auch die assistirenden Geistlichen gaben ihrem Amtsbruder Segenswünsche mit in seinen neuen Wirkungskreis. Nach dem Abgange einiger Verleirer betrat nunmehr Herr Divisionspfarrer Kraam die Kanzel, um unter Zugrundelegung des Wortes 61. Schrift Joh. 11, 25. 26 seine Antrittsrede zu halten.

* Wegen des auf den Mittwoch fallenden Buß- und Bettags findet der Wochenmarkt morgen Dienstag statt.

* Am Nachmittage des gestrigen Sonntags wurde das neue Heim für den Verein der Frauen in der jungen Wäbchen, an dessen Spitze die Damen Frau Generalsuperintendent Förster und Frau Birgermeister Sternberg stehen. Zu der Feier hatten sich zahlreiche Gäste eingefunden. Nach dem Gesang: „Lobe den Herren“ sprach eine Damen einen feinen Prolog, worauf Herr Pastor Thim in die Weisere hielt antwortend an das Wort Emil Frommel: „Dieses Haus ist kein Gotteshaus, aber ein Haus Gottes.“ Sodann wurde eine Befestigung der Räumlichkeiten vorgenommen, deren Ausstattung fast ganz durch Geschenke zusammengebracht war. Geh. Rath Schlutow sprach dem Vorstande Dank aus, daß derselbe bisher die Sache mit so viel Liebe geführt hat. Gemeinschaftlicher Thee schloß die Feier. — Wir wollen bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß das Lokal jeden Abend für Schneiderinnen, Verkäuferinnen u. als Kasse freiliegt. Auch giebt es dort billigen Mittagstisch.

* Die Sanitäts-Kommission der Krieger-Vereine hatte gestern Vormittag in dem Hofe der Turnhalle Fichtstraße 3 eine Probeübung gegeben, welche wieder ein bezeichnendes Zeugnis ablegte von dem strebsamen Wirken der Kolonne als solche, wie auch der Mitglieder derselben. Als Gäste waren u. A. anwesend die Herren: kommandirender General General-Lieutenant von Blomberg, General-Lieutenant Freiherr v. Falkenstein, Major v. Molke, Landesschiedsrichter Dr. Freiherr v. b. Goltz und namens der Krieger-Vereine Dr. Wehrmann. Zunächst fand eine mündliche Prüfung statt, die Herr Dr. Derbing abnahm, und nach welcher die Herren mit dem roten Kreuz die Sache in der Praxis zeigen mußten. Sämtliche Arbeiten wurden mit großem Geschick ausgeführt, ebenso verrieth die mündliche Prüfung eine gute Kenntnis und Ausbildung. Der kommandirende General Se. Excellenz General-Lieutenant v. Blomberg sprach zum

1. 1948年10月1日，中华人民共和国成立。